

Februar 2019

Institutionelle Transformationen gestern – und morgen?

Helmut Wiesenthal

Beitrag zum BJS-Sonderband „Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften“
(Hrsg. Klaus Dörre und Hartmut Rosa)

Abstract

Angesichts der Komplexität und Heterogenität (post-) moderner Gesellschaften scheint die Vorstellung einer zielbewusst gesteuerten Transformation wenig realistisch. Anregungspotential für die Konzeptualisierung von Wegen in eine Postwachstumsgesellschaft bietet dagegen die Frühgeschichte sozialstaatlicher Sicherungssysteme in Westeuropa: Sie kamen oft als Nebenprodukt machtpolitischer Spiele und gegen den Willen der primär Begünstigten zustande. Ein weiteres Beispiel transformatorischer Innovation von prägender gesellschaftlicher Wirkung bilden die 1980er Jahre mit dem in Westdeutschland signifikant gesteigertem Krisenbewusstsein, erhöhter politischer Partizipationsbereitschaft und der Konsolidierung einer viele Bereiche übergreifenden Alternativkultur. Die Quintessenz der historischen Lehren läuft darauf hinaus, einer Pluralität von institutionellen Innovationen günstige Startbedingungen zu verschaffen, ohne allzu hohe Ansprüche an deren theoretische oder ideologische Rechtfertigung zu stellen.

1 Transformationsmodi

Der Gebrauch des Transformationsbegriffs im Hinblick auf gesellschaftlichen Wandel hat während des Umbaus der realsozialistischen Staaten und danach eine beachtliche Renaissance erlebt. Ein halbes Jahrhundert lang war Transformation fast ausschließlich mit dem Aufkommen des modernen Interventionsstaats assoziiert, wie er von Karl Polanyi (1944, 2001) beschrieben und interpretiert wurde. Im Unterschied zu Polanyi, der die Überwindung des frühmodernen Marktfundamentalismus vornehmlich als Ergebnis einer spontanen, ungesteuerten „Gegenbewegung“ ansah (Polanyi 2001: 176), ist die postsozialistische Transformation mit der Vorstellung von zielorientierten und planvoll vorgehenden Akteuren verknüpft. Der Titel des Aufsatzes „My Plan for Poland“ (Sachs 1989) versinnbildlicht diesen neuen Verstehenskontext des Begriffs Transformation.

Jedoch ist, wie der Blick auf das jüngere Transformationsgeschehen offenbart, mit der Bezugnahme auf identifizierbare Akteure und Handlungen nur wenig für das Verständnis moderner Transformationsfälle gewonnen. Ausgehend sowohl von der Unterstellung, dass Transformation in aller Regel einen Niederschlag in institutionellen Innovationen von einiger Dauer findet, als auch von dem Sachverhalt, dass die zeitgenössischen Staatsgebilde alles andere als homogene Entitäten sind, lassen sich recht unterschiedliche Transformationsverläufe und -resultate ausmachen. Insbesondere erweist es sich als sinnvoll, zwischen den Protagonisten institutioneller Innovation, d. h. den Reform- bzw. Systemeliten, auf der einen Seite und (relevanten Teilen) der Bevölkerung auf der anderen zu unterscheiden. Die von einer kleinen Elite intentional betriebene Transformation wird nur im

Ausnahmefall im Einklang mit *allen* Teilen der Bevölkerung vonstatten gehen. Im Regelfall sind es nur *einzelne* Bevölkerungssegmente, die Unterstützung gewähren oder Beifall spenden, während sich die übrigen entweder als Transformationsgegner gebärden oder in der Position skeptischer Beobachter verharren.

Intentionale Transformationen leiden unter einem weiteren Risiko. Weil einzelne Prozessereignisse sowie die Zwischen- und Endresultate nicht selten mit proklamierten Intentionen in Konflikt geraten, erzeugen sie unvermeidlich ihnen entgegen gerichteten Widerstand. Was auch immer im Transformationsprozess geschehen mag, es wird den Protagonisten entweder zugute gehalten oder angelastet werden. Ihre herausgehobene Rolle macht sie zu Adressaten selbst solcher Beschwerden, an deren Verursachung sie keinen Anteil hatten.¹ Gleichzeitig steht das allgegenwärtige Defizit an komplexitätsangemessenem und instruktivem Steuerungswissen über gesellschaftliche Sachverhalte etwaigen Bemühungen um eine rationale Klärung der in Frage stehenden Sachverhalte im Weg. So ist es nicht ungewöhnlich, dass anfangs weithin begrüßte und unterstützte Transformationsvorhaben im Zuge ihrer Verwirklichung auf zunehmende Ablehnung stoßen, und zwar mit umso größerer Wahrscheinlichkeit je deutlicher das Vorhaben temporäre Opfer bedingt, ohne die der in Aussicht gestellte Fortschritt nicht erzielbar ist.

Das skizzierte Muster prozessinduzierter Misserfolgskriterien scheint durch zahlreiche revolutionäre Umbrüche belegt. Wann immer Revolutionskräfte im Interesse eines homogenen Zielsystems und konzentrierter Schlagkraft auf strikte soziale Exklusivität setzen, erscheint ihnen der soziale Kontext, d. h. der Großteil der Bevölkerung, nur mehr als eine Art Naturtatsache, die je nach Konfliktlage als Ressource oder Hindernis identifiziert und behandelt werden darf. So ist aus keiner der „anti-bürgerlichen“ Avantgarde-Revolutionen eine pluralistisch-demokratische und rechtsstaatliche Ordnung hervorgegangen, ohne dass es dafür einer dezidierten Konterrevolution bedurft hätte.² Das hat zum Attraktivitätsverlust von Revolutionsmythen und -rhetorik beigetragen.

Für das Zick-Zack-Muster „harter“ Transformationsverläufe bietet die Geschichte mehrere Beispiele. Eine typische Ausgangssituation ist die Bewältigung einer militärischen Niederlage. Die „große“ deutsche Revolution am Ende des Ersten Weltkriegs 1918 ermöglichte zwar die erste demokratische (Weimarer) Verfassung, aber schuf aus der Gemengelage von sozialdemokratischen Ordnungspolitikern, radikalrevolutionären Sozialisten und antiliberal-konservativen Nationalchauvinisten die Ausgangsbedingungen für das katastrophale NS-Regime und den Zweiten

¹ Da Reformen zunächst mit Opfern verbunden sind, werden die Reformer nicht selten mit den Verursachern des Reformbedarfs verwechselt, wie Jeffrey Sachs in Russland erfahren musste – „since every bad event was blamed on reform, not on the absence of reform“ (Sachs 2012).

² Bürgerliche Revolutionen (wie die *glorious revolution* in England 1688/89) und solche, die v. a. auf die Gewinnung nationaler Autonomie zielten (wie die amerikanische 1773-76), besaßen günstigere Erfolgsbedingungen der liberalen Demokratie.

Weltkrieg. Die Kapitulation des NS-Staats 1945 implizierte ebenfalls Anreize zum Widerstand und einen Backlash. Er wurde jedoch durch restlose Entwaffnung und mehrere Jahrzehnte währende Kontrollrechte der Sieger verhindert – im Westen zusätzlich durch *Reeducation*-Programme und die verbindliche Orientierung am Vorbild der angelsächsischen Demokratien, im Osten durch das Machtmonopol eines autoritären Satrapen-Regimes.

Eine weitere Variante „harter“ Transformationen stellt die Einführung von Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft nach dem Kollaps der realsozialistischen Staaten dar. Soweit sie durch die institutionellen Vorbilder westlicher Demokratien und weniger von persönlichen Machtambitionen der Protagonisten des Umsturzes geprägt waren, ähneln sie den klassischen „bürgerlichen“ Revolutionen mit dezidiertem Emanzipationsanspruch. Wie sich allerdings nach zwei Jahrzehnten zeigt, kranken selbst die bestgelungenen Fälle der neuen EU-Mitgliedsländer an aufkommenden Differenzen zwischen den ursprünglichen Transformationszielen und antiliberal-nationalistischen Präferenzen unter der Elite und in Teilen der Bevölkerung. Die Implementation von Gewaltenteilung, effektivem Parteienwettbewerb und umfassenden Bürgerrechten per Institutionentransfer gilt ihnen als traditionswidrig und unpassend. Das ist in Bezug auf Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien, aber auch im Hinblick auf den jüngsten Umbau des türkischen Regierungssystems beobachtbar.

Diese grobe Skizze des Varianzraums intentionaler Transformationen liefert wenig Grund zu der Annahme, dem Problemkanon postmoderner Industriegesellschaften ließe sich mit einem maximal inklusiven Programm der politisch gesteuerten Transformation beikommen. So einleuchtend auf den ersten Blick die Feststellung erscheinen mag, dass partikuläre Reformen, lokal-rationale Innovationen und inkrementalistischer Fortschritt das Niveau der akuten Gefährdungen verfehlen, so wenig ermutigend wirken ambitionierte Umbauprogramme gemäß der Parole „Alles oder nichts“.

Allerdings kennt die Geschichte westeuropäischer Gesellschaften noch einen anderen Transformationstyp, der vergleichsweise unauffällig und ungesteuert scheint, sich jedoch als effektiv und nachhaltig erwiesen hat. Er sei hier an Ereignissen in zwei historischen Epochen demonstriert, in denen westeuropäische Gesellschaften der Gegenwart wesentliche Prägungen erfahren haben. Es handelt sich zum einen um die Ersteinführung sozialstaatlicher Sicherungssysteme gegen Ende des 19., beziehungsweise zum Anfang des 20. Jahrhunderts (Teil 2) und zum anderen den Wandel (nicht nur) der westdeutschen Gesellschaft im Jahrzehnt vor der deutschen Einheit (Teil 3). Anschließend werden einige Vermutungen über den Charakter künftiger Transformationschancen und -verlaufsmuster skizziert (Teil 4).

2 Die Ersteinführung sozialstaatlicher Sicherungssysteme in Westeuropa

Die Frühgeschichte des westeuropäischen Sozialstaatsmodells erstreckt sich über ungefähr drei Jahrzehnte – ein Zeitabschnitt, der zweifellos als Epoche gesellschaftsprägender institutioneller Transformationen betrachtet werden darf. Sie wurde mit einer breiten Palette von sozialhistorischen und sozialpolitischen Studien bedacht. Wenngleich deren Fokus nicht vorrangig den im Endeffekt erfolgreichen Entscheidungsprozessen gilt, liefern sie doch brauchbare Anhaltspunkte für die Rekonstruktion typischer Prozessmuster. Die im Folgenden resümierten Beobachtungen rekurrieren auf Untersuchungen zu den zwischen 1883 und 1888 im Deutschen Reich eingeführten Sozialversicherungen, der Einführung einer allgemeinen Volksrente in Dänemark (1891) und Schweden (1913), der Entstehung der staatlich geförderten Arbeitslosenversicherung in Frankreich (1905) und der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung in Großbritannien (1911).³

Allen vorgenannten Innovationen ging ein Gestaltwandel bzw. *frame shift* in der Wahrnehmung und Kausaldeutung von Armut voraus. Er betraf jenen Typus von Verarmung, der als Folge von Industrialisierung und Urbanisierung eine wachsende Zahl von invaliden und/oder arbeitslosen Menschen hervorbrachte. Hatte sich die überlieferte lokale Armenfürsorge auf die Verwahrung von Personen in Armen- und Arbeitshäusern beschränkt, so schienen für den Umgang mit der grassierenden neuen Armut neuartige Formen unter staatlicher Kontrolle gefordert. Im Kern ging es nicht mehr um die Effektivität der Armenfürsorge, sondern um die Reproduktionsbedingungen des Faktors Arbeit in der urban-industriellen Gesellschaft.

Die „soziale Frage“ wurde zunächst in akademischen Kreisen, wie etwa dem „Verein für Socialpolitik“ im Deutschen Reich, aufgebracht und stimulierte empirische Untersuchungen und wissenschaftliche Expertisen. Diese fanden in der Mehrzahl der hier betrachteten Fälle die Aufmerksamkeit der Ministerialbürokratie, die sich – nach Maßgabe sach- wie machtpolitischer Kriterien – zur Ausarbeitung von Reformkonzepten veranlasst sah. Invalidität, Arbeitslosigkeit und in zunehmenden Maße auch Altersarmut schienen nicht mehr umstandslos einem Fehlverhalten der Betroffenen zuschreibbar, sondern als unliebsame, den sozialen Frieden gefährdende Nebenfolge des wirtschaftlichen Fortschritts.

Was den konkreten Inhalt der im Politikentwicklungsprozess ventilierten Konzepte angeht, so waren diese keineswegs radikal-innovativer Natur. Die Auswahl angemessener Bearbeitungsformen erfolgte vielmehr innerhalb eines weit gefassten, aber im Prinzip vertrauten Instrumentenkatalogs, wobei man einerseits auf nationale Traditionen und Aversionen, andererseits auf im kleinräumigen, lokalen Rahmen erprobte Formen der Selbstorganisation rekurrierte (wie etwa die Prinzipien solidarischer

³ Die folgenden Teile des 2. Abschnitts entstammen der ausführlicheren Darstellung in Wiesenthal (2003). Dort finden sich auch detaillierte Literaturangaben zu den verwendeten Länderstudien.

Selbsthilfe und der freiwilligen Unfallversicherung). Dabei folgten die in der Ministerialbürokratie erarbeiteten Reformvorschläge seltener den Empfehlungen der wissenschaftlichen Experten als vielmehr Gesichtspunkten politischer Opportunität, insbesondere im Hinblick auf parlamentarische Mehrheiten in der konstitutionellen Monarchie. (Nur in dieser Variante demokratischer beziehungsweise semidemokratischer Regime vermochte sich der Bedarf an einer institutionellen Sozialreform frühzeitig und mit Erfolgsaussicht zu artikulieren.)

Unter dem Einfluss konkurrierender Interessenträger kam es mit wenigen Ausnahmen (den Arbeitslosenversicherungen in Frankreich und Großbritannien) zu einer beträchtlichen Abwandlung der zunächst präferierten Konzepte. So mussten für die deutsche Unfallversicherung der als Loyalitätsstimulus gedachte Finanzierungsbeitrag des Staates, die als Kooptationsfalle geplanten Arbeiterausschüsse sowie die als Trägerinstitution vorgesehene Reichsversicherungsanstalt zugunsten der ständestaatlich verfassten und allein von Arbeitgebern finanzierten Berufsgenossenschaften aufgegeben werden. Waren die in Dänemark und Schweden thematisierten Altersrenten zunächst auf die Klein- und Mittelbauernschaft sowie die noch zahlenmäßig kleine Gruppe der Industriearbeiter begrenzt, so erforderte die zur Verabschiedung benötigte Parlamentsmehrheit die Erweiterung des Begünstigtenkreises auf alle Bevölkerungsteile, d. h. die Schaffung einer Volksrente.

Ein gravierendes Hindernis auf dem Weg zur institutionellen Innovation war auf der Ebene der Interaktion zwischen und innerhalb der beteiligten Kollektivakteure (Interessenverbände, Parteien, Gewerkschaften) zu beobachten. Seine Überwindung gelang den Reformprotagonisten auf zwei Wegen. Zum einen war es in mehreren Fällen möglich, das Eigeninteresse einer im Wettbewerb stehenden Partei zu wecken und die sachlich-problembezogenen durch machtpolitische Interessen zu ergänzen. Ein derartiger Motivmix, in dem das Reformprojekt vordergründig zu einem Instrument des Wettbewerbs um Wählerstimmen wurde, war in Dänemark, Großbritannien und Schweden zu beobachten. Zum Zweiten war es unter Umständen möglich, ein Koppelgeschäft über die Grenzen des maßgeblichen Politikressorts hinweg zu organisieren, wobei die angestrebte Sozialreform unter Umständen den Status eines unauffälligen Nebenprodukts der als dringlicher empfundenen Parlamentsentscheidung über Anderes erhielt. In diesem Sinne kam es in Dänemark und Schweden zu *deals* mit den Interessenten an spezifischen Finanz- und Steuerpolitiken. Auch die „Bismarckschen“ Reformen kamen (nachdem der Reichskanzler längst sein Interesse an ihnen verloren hatte) nur vor dem Hintergrund von Kompensationserwartungen beim Thema Zollpolitik zustande.

Schließlich ist als weitere Besonderheit die durchweg ablehnende Haltung der als potentiell Begünstigte veranschlagten Adressaten zu registrieren. Weder in Deutschland noch in Großbritannien und Schweden mochten sich Gewerkschaften, Sozialdemokratie oder Radikalliberale mit den Reformvorhaben der jeweiligen Befürworterkoalition anfreunden, sondern lehnten diese mit großer

Entschiedenheit – als eklatant unzureichend, als den selbstorganisierten Hilfskassen abträglich oder als staatlichen Bestechungsversuch – ab. Gleichwohl sind sowohl die Aktualität des Themas als auch die Reformbereitschaft konservativer und liberaler Regierungen durchaus als Präventivreaktion auf die wachsende Organisationsmacht von Gewerkschaften und Arbeiterparteien zu verstehen.

2.1 Zwischenresümee

Im Rückblick weisen die frühen Sozialreformen einige über den historischen Kontext hinausweisende Eigenschaften auf. Erstens basiert jeder einzelne Fall auf der Problematisierung und Ersetzung überlieferter Probleminterpretationen und scheinbar unverrückbarer (Un-)Zuständigkeitszuschreibungen. Ob neue Sichtweisen im Lichte des gesellschaftlichen Wandels tatsächlich zu einem nachhaltigen *frame shift* führten, hing nicht nur von der Plausibilität der Diagnose, sondern auch von deren ideologischer Unvoreingenommenheit im Sinne inklusiver Anschlussfähigkeit ab. Eine vorschnelle Besetzung konkurrierender *frames* durch parteipolitische Wettbewerber hätte den durchgreifenden Deutungswandel vermutlich behindert.

Zweitens taten die Beteiligten am Zustandekommen einer parlamentarischen Mehrheit gut daran, vom Reformthema abweichende Positionen zu tolerieren und Offenheit für alternative Konzeptionen des Kernthemas zu zeigen. Die konkrete Form der Realisierung entschied sich in der Regel erst anhand der Besonderheiten des Gelegenheitsfensters und der Entscheidungssituation. Die Innovationsgeschichte der frühen Sozialstaaten zeigt außerdem, dass es für die Beschlussfassung notwendig war, den Eigeninteressen beteiligter Akteure durch Zugeständnisse in bedeutsamen Details oder ein Koppelgeschäft über die Grenzen des betroffenen Politikbereichs hinweg Tribut zu zollen. Die Reformakteure bewiesen ihre Strategiefähigkeit u. a. dadurch, dass sie Details des Projektes dem Hauptziel ihres Anliegens unterzuordnen verstanden.

Drittens zeichnen sich die sozialpolitischen Basisinnovationen durch die herausgehobene Rolle einer relativ kleinen Personengruppe aus. Diese hatte für das Zustandekommen des Deutungswandels – in Untersuchungsausschüssen und Expertenkommissionen – eine wichtige Funktion; auch als „politische Unternehmer“ der Politikentwicklung und des Bündnismanagements waren sie für den letztendlichen Erfolg der Reformprojekte entscheidend. Sie besorgten die flexible Adaption des Projekts an sich wandelnde Umstände und waren die Entdecker politischer Gelegenheitsfenster. Mindestens drei individuell zuschreibbare Kompetenzen waren beteiligt: (1) der Informationsvorsprung des nicht allzu eng spezialisierten Experten, (2) die Kombination von hoher Kommunikationsfähigkeit mit „boundary-spanning roles“ und „transcendable group commitments“ (Hecló 1974: 308) sowie (3)

Persönlichkeitseigenschaften, wie sie am Beispiel von David Lloyd George und Winston Churchill als „more aggressive and opportunistic“ (Ashford 1986: 63) beschrieben werden. Ohne die Kontinuität der „advocacy coalitions“ und engagierten Einzelpersonen wären die Reformertolge schwerlich erklärbar.

Viertens erwiesen sich die qualitativen Merkmale als wesentlich bedeutsamer für die längerfristige Effektivität der Innovation als deren quantitative Dimension. Das anfängliche Leistungsniveau fiel durchweg sehr bescheiden aus, aber stand der sukzessiven Leistungssteigerung nicht im Wege. In diesem Sinne hatte es sich auch bewährt, auf eine verbindliche Vorfestlegung präziser Parameter des Reformvorhabens oder „rote Linien“ der Kompromissfindung zu verzichten. Das erschwerte es keineswegs, den normativen Kern des Projekts auch über einen ausgedehnten bzw. mehrfach unterbrochenen Politikentwicklungsprozess hinaus zu bewahren.

Fünftens ist die beträchtliche Varianz der Zeitspanne zu registrieren, die es vom Start bis zur Realisierung des Reformprojektes zu bewältigen bedurfte. Brauchte es in Deutschland zwölf bis 18 Jahre, um das dreiteilige Reformpaket (aus Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung) zu verabschieden, so dauerte es vom Beginn der Diskussion über die Altersversorgung bis zur Verabschiedung der Volksrente in Dänemark und Schweden mehr als 20 Jahre. Eine ungewöhnlich kurze Zeitspanne von lediglich vier Jahren benötigte die britische Arbeitslosenversicherung vom ersten Vorschlag bis zur Verabschiedung, nachdem es dafür in Frankreich rund zehn Jahre bedurft hatte. In allen diesen Fällen hatten es die Protagonisten vermieden, ihr Projekt mit einem nahen Erfolgstermin oder einem kurzfristigen Katastrophenszenario zu verknüpfen.

3 Die 1980er Jahre – ein Jahrzehnt nachhaltiger Transformationen

Im Folgenden wird der Blick auf eine Periode gesellschaftlicher Veränderungen gelenkt, in der sich dramatische Krisen mit massenhaftem politischen Protest, der Zunahme zivilgesellschaftlichen Engagements und der Konsolidierung einer Sphäre „alternativer“ Institutionen trafen. Deutliche Spuren der damals stattgefundenen Transformationen reichen bis in die Gegenwart.⁴ Die folgende Skizze ist keine Chronologie der Ereignisse, sondern lediglich der Versuch, einige markante Phänomene dingfest zu machen.

3.1 Krisen und Protest

⁴ Dazu ausführlicher Rödder (2014),

Die späten siebziger und die ganzen achtziger Jahre konfrontierten die traditionell technikaffine deutsche Gesellschaft mit dem Erlebnis gravierender Risiken und „menschengemachter“ Katastrophen. Bedeutsame Stimuli eines zunehmendem Krisenbewusstseins waren zum einen die Ende 1979 von der NATO angekündigte Aufstellung atomarer Mittelstreckenraketen und zum anderen eine ganze Serie von AKW- und Chemieunfällen: die Freisetzung von Dioxin im oberitalienischen Seveso 1976, der Reaktorunfall im Kernkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg 1979, die Freisetzung von hochgiftigem Methylisocyanat im indischen Bhopal 1984, die hochgiftige Gaswolke nach einem Großfeuer bei Sandoz in Basel 1986 und noch im selben Jahr die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Die gehäuften Industrieunfälle, die Challenger-Katastrophe von 1986 und das Flugtag-Unglück von Ramstein 1988 vertieften den Zweifel an der prinzipiellen Beherrschbarkeit komplexer Technologien. Zuvor hatten schon die anhand des „Waldsterbens“ augenfällig gewordenen Folgen der Kohleverstromung sowie die Ölpreisschocks von 1973 und 1979 den Verdacht bestärkt, dass industrieller Fortschritt nur mehr um den Preis zunehmender Umweltschäden und einer baldigen Erschöpfung der fossilen Ressourcen zu haben sei.⁵

Zum literarischen Hintergrund der aufblühenden Technikkritik und des „ökologischen“ Krisenbewusstseins trugen u. a. die „Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972), der Report „Global 2000“ (Kaiser 1981), die Taschenbuchreihe „fischer alternativ“ mit dem Bestseller „Ein Planet wird geplündert“ (Gruhl 1978) und *last but not least* die Begriffsschöpfung „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) bei.

Prominentester Ausdruck des Bedrohungsbewusstseins waren zahlreiche Massenproteste in den achtziger Jahren. Gewiss profitierte die Protestbereitschaft auch vom Wandel der Wirtschafts- und Sozialpolitik nach dem Versagen des Keynesianismus und der Ablösung der Regierung Schmidt durch eine konservativ-liberale Koalition unter Helmut Kohl in 1982. Das Zusammentreffen von Ökologiebewusstsein, Industriekritik, Friedensbewegung und Sozialprotest entpuppte sich als fruchtbarer Boden für einen rasanten Aufschwung der Neuen sozialen Bewegungen. Ihr Organisationspotential manifestierte sich in Großdemonstrationen mit 100.000 bis 500.000 Teilnehmern: 1979 in Hannover und Bonn, 1981 in Brokdorf, Bonn und Wiesbaden, 1982 in Bochum, 1983 in Hannover, 1986 in Hasselbach/Hunsrück und Wackersdorf. Der Mobilisierung half, dass die Kohl-Regierung alle Krisensymptome ignorierte und konservative Landesregierungen den Protest durch repressiven Polizeieinsatz anheizten. Nicht alle Protestaktionen war erfolgreich: Trotz massenhafter Demonstrationen in Westeuropa kam es 1983 zur Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses.

⁵ Eine Reihe terroristischer Akte (insbesondere das Münchner Olympia-Attentat 1972, die Entführung der Lufthansa-„Landshut“ 1977, das Oktoberfest-Attentat von 1980, die Bomben-Attentate auf die Diskothek *La Belle* 1986 und das *Pan-Am*-Flugzeug über Lockerbie 1988) dürften ebenfalls verunsichernd gewirkt haben.

Das Konglomerat aus Problemdiagnosen, Katastrophenerfahrung und Reformdiskursen konvergierte mit analogen Entwicklungen in Europa und darüber hinaus. Hatten doch westliche Politikwissenschaftler seit Mitte der siebziger Jahre die nahezu weltweit wachsende Verbreitung „postmaterialistischer Werte“ (Inglehart 1977) konstatiert, die zunehmend dem Lebensgefühl und Politikverständnis der jüngeren Generationen entsprachen. Die gestiegene Engagementbereitschaft drückte sich in einer wachsenden Zahl von Bürgerinitiativen und einem erhöhten Selbstbewusstsein der Bürger aus.⁶ Davon blieb die lange Zeit kommunikativ isolierte DDR-Gesellschaft nicht unberührt. Die dort in den achtziger Jahren unter kirchlichem Schutz entstandene Umwelt- und Friedensbewegung wurde 1989 zum Katalysator einer dezidiert freiheitsorientierten Bürgerbewegung, die den Kollaps des SED-Regimes bewirkte und eine Welle weiterer Transformationen im sowjetischen Machtbereich anregte.

3.2 Innovationen

Die achtziger Jahre erlebten nicht nur eine Blüte politischer Defensivaktionen, sondern auch den "Durchbruch der Globalisierung" (Rödter 2014). Man registrierte rasch sinkende Preise für Produkte der "Neuen Technologien" – vom Taschenrechner bis zu den ersten Personalcomputern. Der verbreitete Wirtschaftspessimismus machte neuem Vertrauen in die Marktkräfte und einer Welle wettbewerbsinduzierter Innovationen Platz. Gleichzeitig wurde aus Gewerkschaftskreisen gewarnt, die aufkommende Globalisierung werde zur Erosion sozialer Standards führen, und der drohende Wegfall von Zollschränken im neuen EU-„Binnenmarkt '92“ stieß auf vehementen Protest.

Eine tendenziell optimistische Haltung drückten dagegen jene Innovationen aus, die ihren Ursprung in den nach der „68er“ Studentenbewegung entstandenen anti-autoritären, linksalternativen und alternativkulturellen Initiativen hatten, wenngleich diese nicht selten durch Arbeitslosigkeitserfahrung motiviert waren. Ihr Wirkungsfeld erstreckte sich auf viele Sektoren des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens. Immerhin fühlten sich rund vier Millionen Westdeutsche dem linksalternativkulturellen Milieu und den Neuen sozialen Bewegungen zugehörig (Reichardt 2014: 42) und strebten nach Lebensbedingungen der Authentizität, Ganzheitlichkeit, Gemeinschaftlichkeit und Solidarität.

Seit Mitte der 70er Jahre waren nicht nur alternative Kinderläden, Frauenhäuser, Szenekneipen, Cafés, Dritte-Welt-, Buch-, Bio- und Fahrradläden, Wohngemeinschaften und Landkommunen entstanden, sondern auch alternative selbstverwaltete Betriebe der Holz- und Metallverarbeitung, des Kreditgewerbes, der Transport-, Touristik- und Unterhaltungsbranchen u. a. m. Die Alternativkultur brach auch in die Domänen traditioneller Interessenverbände ein – in Gestalt basisdemokratischer

⁶ Allein gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf wurden ca. 880.000 Einwendungen eingereicht.

Mietervereine, des alternativen Verkehrsclub Deutschlands (VCD) sowie mehrerer Umweltverbände und Verbraucherinitiativen. Im Bereich sozialer Dienste gewannen Jugendzentrumsprojekte, Gesundheitsläden, Selbsterfahrungs- und Stadtteilgruppen an Beliebtheit.

Die Erscheinungsformen der Alternativ- und Protestkultur sind in der weiteren Öffentlichkeit keineswegs immer auf wohlwollendes Interesse gestoßen, sondern haben v. a. in den bürgerlichen Medien vielfach Ablehnung und Spott erfahren. Die „Alternativen“ reagierten darauf mit der Entwicklung einer eigenen Medienbranche: den Alternativzeitungen und -zeitschriften. Werden für 1977 lediglich 60 Titel verzeichnet, so waren es 1988 rund 700 mit einer geschätzten Gesamtauflage von monatlich zwei Mio. Exemplaren (Reichardt 2014: 243) und (geschätzt) mindestens fünf Mio. LeserInnen. Was anfangs als „Gegenöffentlichkeit“ vis-à-vis den etablierten und oft übelwollenden Massenmedien begann, verwandelte sich für diese bald zu einer Art Frischzellenkur, indem man zunächst Themen, Stilelemente und journalistischen Anspruch anglich, um dann selbst das Personal der Alternativpresse anzuwerben.

Auch die Institutionen der Politik blieben vom grassierenden Alternativenbewusstsein und -bedarf nicht verschont, sondern erfuhren mit der Gründung der Partei „Die Grünen“ (1979/1980) einen nachhaltigen Wandlungsimpuls. Der Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 und ihre konfliktreiche Entwicklung zum Regierungspartner auf Landes- und Bundesebene verdankten sich nicht zuletzt einer Ablösung der orthodox- und neomarxistischen Denkfiguren durch konkrete, realitäts- und erfahrungsnahe Reformprojekte. Das wurde u. a. auch durch die „neue“ Frauenbewegung angeregt, der es weniger um Zukunftsutopien und Revolutionsideen als um effektive Gleichstellung im Hier und Heute ging.

Angesichts ihres breiten Wirkungsspektrums wird den Alternativen nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Freisetzung des „postmodernen Selbst“ bescheinigt (Reichardt 2014: 888 nach Andreas Reckwitz), sondern auch erheblicher Einfluss auf „Reformen der Umwelt- und Energiepolitik, (die) Frauen- und Familienpolitik, (den) Abbau überkommener Hierarchien (...), die Reform des Bildungssystems (...), eine qualitativ ausgerichtete Wachstumsorientierung, die Pluralisierung von Lebensweisen (...) und die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen“ (Reichardt 2014: 20f.). Schließlich ist im Nachklang der achtziger Jahre auch ein moderaterer Umgangston in Schulen, Verwaltungen, Unternehmen und beim Militär zu konstatieren.

3.3 Zwischenresümee

Das Jahrzehnt vor der deutschen Einheit war im Westen von einer Serie institutioneller, politischer und kultureller Transformationen mit bis in die Gegenwart reichenden Wirkungen geprägt. Viele der heute weithin akzeptierten Problemdiagnosen und große Teile der „progressiven“ Agenda entstammen den Themen- und Aktivitätskonjunkturen der späten 1970er Jahre und des anschließenden Jahrzehnts. Abschließend bleiben noch einige prozessuale Aspekte des Geschehens im „Transformationsjahrzehnt“ (Rödter 2014) festzuhalten:

(1) Das Transformationsgeschehen kannte keinen dominanten Akteur, der die zahlreichen räumlich und zeitlich disparaten Prozesse hätte planen und kontrollieren können. Als Akteure wirkten Einpunktbewegungen, lokale Initiativen, Parteien, Publizisten und Wissenschaftler sowie Teile der Gewerkschaften. Soweit es zu Massenaktionen kam, verdankte sich die hohe Engagementbereitschaft unstrittigen Negativzielen: „Keine Nachrüstung!“, „Keine Wiederaufbereitungsanlage!“, „Kein AKW bei XY-Stadt!“ usw.

(2) Sowohl zwischen als auch in den Organisationen, die die Mobilisierung besorgten, waren unterschiedliche Weltbilder beheimatet, die wechselseitig toleriert wurden. Versuche einer Vereinheitlichung kamen über einen Minimalkonsens (Beispiel „Krefelder Appell“) nicht hinaus. Die Kampagne gegen die Nachrüstung profitierte vom zähneknirschend geduldeten Nebeneinander der prosovjatischen DKP-nahen Gruppen und der unabhängigen („grünen“) Friedensbewegung, die mit gleichem Nachdruck gegen die sowjetischen SS20-Raketen protestierte.

(3) Ebenso wenig beruhte die Blüte der Alternativkultur auf einem Masterplan. Gemeinsam war den Akteuren lediglich die Ablehnung vieler etablierter Institutionen und das Verlangen nach Selbstbestimmung bei der Gestaltung der eigenen Lebens(um)welt. Versuche, den erzielten Veränderungen eine besondere Weltanschauung überzustülpen, fanden nur begrenzt Widerhall. Intellektuelle Deutungsangebote – z.B. die Fokussierung auf Metaphänomene wie Pfadwechsel, kollektive Attitüden, diskrete Gesellschaftsmodelle oder ein Verlangen nach Einheit von Theorie und Praxis – blieben jenseits akademischer Diskurse ohne Einfluss.

(4) Unter den diversen partikulären Zielvorstellungen und Leitbildern gab es wohl keines, das nicht auch auf entschiedene Ablehnung stieß. Dementsprechend wurden und werden die Transformationsresultate von Beteiligten wie Beobachtern sehr unterschiedlich beurteilt: als halbherzig und unvollkommen, chaotisch oder rückwärts gewandt, d. h. als letztenendes enttäuschend. Was im Rückblick als durchaus gelungener Versuch einer Exploration des gesellschaftlichen Möglichkeitsraums erscheint, wird nicht selten gering geschätzt.

4 Zur Typik künftiger Transformationen

Um über die Typik eines Wandels zu spekulieren, der den Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft bestimmen könnte, ist es nützlich, einen Blick auf unterschiedliche Verursachungsfaktoren von Wachstumsrückgang bzw. Stagnation zu werfen. Dabei ist es wohl wenig plausibel, mit einem politisch geplanten und gesteuerten Abschied vom expansionistischen Wirtschaftsverständnis zu rechnen. Dieser würde sowohl an der Opposition von Beschäftigten und Investoren als auch an der Logik des Parteienwettbewerbs auflaufen. Eine proaktive Transformationspolitik, die sich technokratisch an der Veränderungsrate des Sozialprodukts orientierte, hätte unter diesen Umständen wenig Chancen. Wahrscheinlicher ist der Eintritt in eine Postwachstumsära als krisenhafte und mehrheitlich unerwünschte Folge des strukturellen Wandels. Eine derartige Entwicklung wäre allerdings mit dem Makel eines zu erduldenen Übels belastet, zu dessen Bewältigung eine möglichst wenig schmerzhaftes Therapie gesucht würde.

Anknüpfend an die in der Einleitung artikulierte Skepsis gegenüber einem transitiv-technizistischen Transformationsverständnis sei hier der Blick auf die alternative Möglichkeit dezentrierter, mosaikartig verteilter Evolutionsprozesse gelenkt. Bedeutsame Elemente wären zum einen institutionelle Innovationen nach dem Muster der oben (in Teil 2) skizzierten frühen Sozialreformen: Institutionen, deren neuartige Logik durch nachhaltig veränderte Reproduktionsbedingungen begründet und erkennbar geeignet ist, einem stetig wachsenden Bedarf gerecht zu werden, ohne die verfügbaren Ressourcen zu überfordern. Hier wäre etwa an die Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder in Arbeitsverhältnisse und soziale Sicherungen (Wiesenthal 2015), die Beteiligung aller abhängig Beschäftigten am globalwirtschaftlichen Profitwachstum (White 1998) oder die Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens (Kovce/Priddat 2019) u. a. m. zu denken.

Zum anderen könnten sich autonome Initiativen von Individuen, Verbänden und Gebietskörperschaften sowie Sozial- und Wirtschaftsunternehmen als bahnschaffende, dynamische Stimuli weiteren Wandels erweisen. Die Wirksamkeit dieses Wandlungspfades basierte nicht nur auf dem qualitativen Charakter von Innovationen, sondern wesentlich auf deren Anregungs- und Verbreitungsdynamik, d. h. ihrem quantitativen Effekt. An einschlägigen, allerdings noch überwiegend isolierten Beispielen für derartige Initiativen besteht kein Mangel. Stellvertretend für viele andere seien hier genannt: die Transition Towns Bewegung mit 165 US-Gemeinden⁷ und das Transition Network in Europa,⁸ der United Nations Global Compact mit rund 10.000 Unternehmen in 161 Ländern,⁹ Green Clubs von Unternehmen, die freiwillig hohen Umweltstandards genügen

⁷ <https://transitionus.org/>.

⁸ <https://transitionnetwork.org/>.

⁹ Bies et al. (2007), <https://www.unglobalcompact.org/>.

(Potoski/Prakash 2013) und Netzwerke „postkapitalistischer“ Unternehmen mit effektivem Gemeinwohlbezug (Sommer 2018).

Die Kombination von autonomen Initiativen und staatlicherseits gewährten Entfaltungsbedingungen schüfe eine Startbasis für die Herausbildung neuer gesellschaftlicher Institutionen – nicht unähnlich dem Muster der „natürlichen“ Evolution: Günstige Bedingungen für die Generierung testbarer Alternativen entsprächen dem Evolutionsmechanismus der Variation; der gesellschaftliche Attraktivitätstest von potentiell reproduktionsfähigen Formen würde dem Evolutionsmechanismus der Selektion gleichkommen; und die praktische Bewährung der gesellschaftlich akzeptierten Innovationen spiegelte den Evolutionsmechanismus der Retention wider.

Bedauerlicherweise lassen sich den oben (in Teil 2 und 3) skizzierten Beispielen gelungener Transformationen keine auf die Gegenwart übertragbaren Handlungsempfehlungen ablesen. Allenfalls liefern sie Anhaltspunkte für Attitüden, Leitbilder und Vorgehensweisen, die anspruchsvolle Transformationsziele zu konterkarieren drohen. Dazu zählen insbesondere die Präferenz für maximal anspruchsvolle („radikale“) oder lediglich „theoretisch“ begründete Ziele, die Überbetonung quantitativer (konsumatorischer) über qualitative Aspekte des Wandels, das Beharren auf einer maximal inklusiven Konsensbasis mit Kooperationspartnern und Ignoranz gegenüber deren Eigeninteressen sowie insbesondere eine Neigung, im Interesse „der Sache“ Geltungsverluste der demokratischen, liberalen und rechtsstaatlichen Prinzipien in Kauf zu nehmen.

5 Schlussbemerkung

Die Transformation der in vielerlei Hinsicht heterogenen und differenzierten (Post-) Industriegesellschaft ist kein übersichtliches und *uno actu* absolvierbares Projekt, sondern allenfalls – sofern sie denn eines Tages *ex post factum* konstatiert werden könnte – das kumulative Resultat zahlreicher, je für sich arbiträr anmutender, asynchroner und nur lose verkoppelter Veränderungen von begrenzter Wirkung. Folglich ist sie auch nicht als Abarbeitung eines Masterplans vorstellbar, sondern – zumindest in ihren Anfängen – als eine Serie von Experimenten mit der sozialen Wirklichkeit (Ostrom 1999) zu verstehen, die schwerlich in eine Revolution des „Systems“ münden werden, sondern ihren Niederschlag bestenfalls in erweiterten „Grenzen des gesellschaftlich Akzeptablen“ (Nullmeier 1993: 184) fänden. Gewiss würden an einem solchen Erfolg auch Akteure mit weniger realistischen Transformationsambitionen teilhaben.

Literatur

- Ashford, Douglas E. (1986): *The Emergence of the Welfare States*. Oxford: Basil Blackwell.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bies, Robert J.; Bartunek, Jean M.; Fort, Timothy L.; Zald, Mayer N. (2007): *Corporations as Social Change Agents: Individual, Interpersonal, Institutional, and Environmental Dynamics*. *Academy of Management Review* 31 (3), S. 788-793.
- Gruhl, Herbert (1978): *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik*. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch-Verlag.
- Heclo, Hugh (1974): *Modern Social Politics in Britain and Sweden. From Relief to Income Maintenance*. New Haven: Yale University Press.
- Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Kaiser, Reinhard (Hrsg.). (1981): *Global 2000: Der Bericht an den Präsidenten*. Frankfurt/Main: Zweitausendeins.
- Kovce, Philip; Priddat, Birger P. (Hrsg.). (2019): *Bedingungsloses Grundeinkommen. Grundlagentexte*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Meadows, Dennis H.; Meadows, Donella L.; Randers, Jørgen; Behrens, William W. (1972): *The Limits to Growth. A report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind*. New York: Universe Books.
- Nullmeier, Frank (1993): *Wissen und Policy-Forschung. Wissenspolitologie und rhetorisch-dialektisches Handlungsmodell*, in: Héritier, Adrienne (Hrsg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. PVS-Sonderheft 24, S. 175–196.
- Ostrom, Elinor (1999): *Coping with Tragedies of the Commons*. *Annual Reviews of Political Science*, (2), S. 493–535.
- Polanyi, Karl (1944): *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston: Beacon Press (zitiert nach der 2nd paperback edition 2001).
- Potoski, Matthew; Prakash, Aseem (2013): *Green Clubs: Collective Action and Voluntary Environmental Programs*. *Annual Review of Political Science* 16, 399-419.
- Reichardt, Sven (2014): *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*. Berlin: Suhrkamp.
- Rödder, Andreas (2014): *Durchbruch der Globalisierung. Über die 1980er Jahre als Jahrzehnt der Transformation*. INDES, (1-2014), 7–17.
- Sachs, Jeffrey (1989): *My Plan for Poland*. In: *International Economy*, 3 (Dec.), 24-29.
- Sachs, Jeffrey (2012): *What I did in Russia*. <http://jeffsachs.org/2012/03/what-i-did-in-russia/>.
- Sommer, Bernd (2018): *Postkapitalistische Organisationen als Keimzellen einer Postwachstumsgesellschaft? Working Paper 5/2018 der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften*.
- White, Stuart (1998): *Interpreting the 'Third Way': Not One Route, But Many*. In: *Renewal*, 6 (2), 17-30.
- Wiesenthal, Helmut (2003): *Beyond Incrementalism – Sozialpolitische Basisinnovationen im Lichte der politiktheoretischen Skepsis*. In: Mayntz, Renate; Streeck, Wolfgang (Hrsg.): *Die Reformierbarkeit der Demokratie. Innovationen und Blockaden*. Festschrift für Fritz W. Scharpf. Frankfurt/New York: Campus, S. 31-70.
- Wiesenthal, Helmut (2015): *(Irr-) Wege in die inklusive Arbeitsgesellschaft. Über Exklusion und Inklusion im deutschen Arbeitsmarkt*. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Inklusion. Wege in die Teilhabegesellschaft*. Frankfurt/New York: Campus, S. 122-137.

Biographische Notiz:

Wiesenthal, Helmut, geb. 1938, Dr., Prof. i.R., wohnhaft in Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin (bis 2003), Forschungsschwerpunkte: Politische Soziologie, Interessenvermittlung, kollektive Akteure, Institutionenwandel. Veröffentlichungen u.a.: *Gesellschaftssteuerung und gesellschaftliche Selbststeuerung* (2006, VS Verlag); *Rationalität und Organisation*, Band 1 (2017), Band 2 (2018), (Springer VS). E-Mail: hw@hwiesenthal.de.